

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Rainer Offergeld MdB, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, würdigt das Lomé II-Abkommen: Das Ergebnis kann sich sehen lassen.

Seite 1/2

Heinz Rapp MdB, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission, zur Gemeinsamen Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche und der Deutschen Bischofskonferenz: Ein großes, begrüßenswertes Unterfangen.

Seite 3/4

Uli Maurer, Mitglied des Präsidiums der SPD Baden-Württemberg, sieht im Ergebnis der Kreistagswahlen einen beachtlichen Erfolg für die SPD: Schlappe für Späth.

Seite 5

Renate Lepsius MdB beschreibt die ISUV-Kampagne gegen Frauen: Zurück zum schönen alten Männerprivilegierenden Recht.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

34. Jahrgang / 210

31. Oktober 1979

Lomé II verdient große Beachtung

Das Ergebnis kann sich sehen lassen

Von Rainer Offergeld MdB
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Heute wird in der Hauptstadt der westafrikanischen Republik Togo ein für die Nord-Süd-Beziehungen wichtiges Vertragswerk unterzeichnet: Die Europäischen Gemeinschaften und ihre Mitgliedstaaten sowie 57 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifischen Raums (AKP-Staaten) legen darin für den Zeitraum 1980 bis 1985 den Rahmen ihrer umfassenden Zusammenarbeit fest.

Das neue Abkommen verdient große Beachtung. Wenn Lomé-I das Ergebnis der geschichtlichen Konstellation nach dem britischen EG-Beitritt gewesen ist, beweist Lomé-II die Beständigkeit dieser Form der Zusammenarbeit, die als Politik aktiver Partnerschaft zweier Regionalgruppierungen, in denen 600 Millionen Menschen leben, trotz Wachstums- und Energieschwierigkeiten kein Einzelfall geblieben ist.

Lomé-II führt alle bewährten Elemente der ersten Konvention fort, bringt manche Verbesserungen und auch einige Neuerungen:

- Es wird auch künftig der völlig freie Zugang nahezu aller AKP-Exporte in den EG-Raum gewährleistet. Die Anwendung der während der Laufzeit von Lomé-I nie praktizierten Schutzklausel wird künftig durch vorher notwendige Konsultationen noch erschwert.
- Die Erlösstabilisierung von Agrar-Rohstoffen (Stabex) wird von 34 auf 44 - und damit auf fast alle für die AKP-Wirtschaften wichtigen Produkte erweitert. Dafür stehen jetzt knapp 1,4 Milliarden DM zur Verfügung. Die Schwellen für den automatischen Mitteltransfer werden herabgesetzt, die - für die am wenigsten entwickelten AKP-Staaten ohne entfallende - Rückzahlung wird erleichtert.



- Für sieben wichtige Mineralien (Kupfer, Kobalt, Phosphate, Mangan, Bauxit, Aluminiumoxyd und Zinn) wurde ein neuer, mit circa 700 Millionen DM ausgestatteter "Krisenfonds" geschaffen, der für schnell wirkende Hilfe verwendet werden kann, wenn Produktion, Absatz und Ausfuhrerlöse infolge schwerer Störungen gefährdet werden, die von den betroffenen AKP-Staaten selbst nicht zu vertreten sind.

Diese wichtige Neuerung ist das Ergebnis langwieriger Beratungen, die auf den Wunsch des Bundeskanzlers zurückgehen, eine geeignete Lösung für die Stabilisierung der Ausfuhrerlöse für die vom Kupfer besonders abhängigen AKP-Staaten zu suchen.

- Für die Förderung des Energie- und Bergbausektors sieht Lomé-II neue Kreditmöglichkeiten vor.
- Insgesamt werden die Mittel für entwicklungspolitische Maßnahmen im Vergleich zu Lomé-I um über 60 Prozent auf nunmehr rund 14 Milliarden DM erhöht. Soweit diese Mittel nicht von der Europäischen Investitionsbank (EIB) übernommen werden, beträgt der Anteil der Bundesrepublik Deutschland an ihrer Aufbringung mehr als 28 Prozent. Der deutsche Beitrag zum neuen (fünften) Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) ist der höchste Beitrag aller EG-Mitgliedstaaten.
- Wichtig ist auch, daß die vorhandenen Mittel vorrangig den am wenigsten entwickelten AKP-Staaten zugute kommen sollen und daß der ländliche Sektor noch stärker als bisher gefördert werden soll.
- Die noch nicht voll befriedigende industrielle Kooperation soll durch strukturelle Verbesserungen des gemeinsam AKP-EG-Zentrums für industrielle Entwicklung (ZIE) und durch höhere Mittel für diese Zwecke verbessert werden.

Lomé-II gibt eine positive, konkrete und umfassende Antwort auf wesentliche Forderungen der Entwicklungsländer im Rahmen des Nord-Süd-Dialogs.

Lange und teils schwierige Verhandlungen haben dieses noch immer einmalige Beispiel partnerschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd bisweilen überschattet. Beide Seiten hatten untereinander und im Verhältnis zueinander große Probleme zu überwinden. Es ging darum, Kompromisse zu finden, die den Interessen aller Beteiligten gerecht wurden.

Das ist gelungen. Die Bundesregierung hat an den Verhandlungen konstruktiv und aktiv teilgenommen und wesentlich dazu beigetragen, daß auch Lomé-II dem Anspruch einer fortschrittlichen und zukunftsweisenden Zusammenarbeit von Nord und Süd gerecht wird. Das gilt besonders für die Abwehr protektionistischer Strömungen.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen.

(-/31.10.1979/ks/ca)

+ + +



Ein großes, begrüßenswertes Unterfangen

Zur Gemeinsamen Erklärung "Grundwerte und Gottes Gebot" des Rates der Evangelischen Kirche und der Deutschen Bischofskonferenz

Von Heinz Rapp MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Kommission Grundwerte beim Parteivorstand der SPD

Das Godesberger Programm der SPD hat vor nunmehr 20 Jahren bewußt "die Grundwerte sozialistischen Wollens" - Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität - zum Bezugspunkt der gesamten Programmaussage und der Programmforderungen der SPD erklärt; das Programm selbst bezieht die Grundwerte ihres politischen Wollens auf die Grundrechte der Verfassung. Beide sind "in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt", beide leiten sich her aus der Würde des Menschen und wirken hin auf sie. Gleichwohl sind beide nicht identisch, gehen nicht ineinander auf. In der Diskussionschrift "Grundwerte und Grundrechte" der Kommission Grundwerte vom 14. Januar 1979 wird das Verhältnis der Grundwerte politischen Wollens zu den Grundrechten der Verfassung auf die folgende Kurzformel gebracht: "Gäbe es keine Übereinstimmung im Grundwertebereich" (zum Beispiel auch zwischen den verfassungstragenden Parteien, aber insgesamt in der Gesellschaft), "so wäre die freiheitliche Verfassung nicht lebensfähig; gäbe es eine vollständige Übereinstimmung, könnte sich keine Demokratie entfalten".

Zwischen der staatlichen Rechtsordnung und dem gesellschaftlichen Wertemilieu besteht somit ein Wechselverhältnis. In dem durch die unveräußerlichen Menschenrechte gezogenen Rahmen ist die Offenheit des Prozesses der Wertpflege, der Werteverwirklichung und auch des Wertewandels eines der - selbst werthafte! - Strukturprinzipien der Verfassung. Dementsprechend bekennt sich die SPD zum Pluralismus im Prozeß der Wertorientierung und der Normenfindung in Staat und Gesellschaft: Der Staat empfängt "seine Inhalte von den gesellschaftlichen Kräften" (Godesberger Programm).

In diesem für sie selbst konstitutiven Prozeß, für den sich die Kurzbezeichnung "Grundwertedebatte" einbürgerte, hat die SPD von Anfang an auch den Dialog mit den Kirchen gesucht und vielfältig gefunden. Daß er nicht frei von Mißverständnissen war, ist bekannt - stellt man auf die Ergebnisse ab, wird man sagen dürfen, daß er für beide Seiten immer wieder fruchtbar gewesen ist.

Mit ihrer Erklärung "Grundwerte und Gottes Gebot" haben die Evangelische und die Katholische Kirche in Deutschland nun einen gemeinsamen Beitrag zur Grundwertedebatte geleistet. Dies ist ein großes, begrüßenswertes Unterfangen - hier soll nicht so getan werden, als lasse sich das Ergebnis kurzerhand und womöglich schon abschließend würdigen. Hervorzuheben ist allein schon die Chance, daß durch die Gemeinsame Erklärung die Grundwertedebatte breitere Resonanz finden wird. Mit Freude ist anzumerken, daß es nach der Gemeinsamen Erklärung sicher nicht mehr möglich sein wird, das Niveau des Dialogs zum "kriegswissenschaftlich organisierten" Schlagabtausch um die Grundwerte hin zu unterschreiten. Die ökumenische Bedeutung der Gemeinsamen Erklärung wird andernorts auszuloten sein. An dieser Stelle soll jedenfalls versichert werden, daß der gemeinsame Beitrag der Kirchen dem Bemühen auch der SPD Impulse geben wird, die Grundwerte ihres politischen Wollens vor den jeweils neuen Herausforderungen sich selbst neu zu verdeutlichen und praktisch wirksam werden zu lassen.

Die Kirchen appellieren nicht nur "nach außen", sie wenden sich vielmehr an die Gläubigen. Als Christ wird man aufmerksam die Bestandsaufnahme des Bedenkens, des



Dekalog (Zehn Gebote) und ermutigt die Ergebnisse des Bemühens zur zeitgerechten Interpretation der zehn Gebote zur Kenntnis nehmen. Man lese, was zum Beispiel zum dritten Gebot über die Humanisierung der menschlichen Arbeit, zum vierten Gebot über das dialogisch zu begründende Verhältnis der Generationen zueinander, zum sechsten Gebot über die Einbindung der Sexualität in die Humanität und Personalität gesagt ist. Kritischer Hinweis: In den Ausführungen zum siebten Gebot ist die Dimension der Sozialpflichtigkeit des nach Sozialrelevanz abgestuften Eigentums doch unbelichtet geblieben - hier wird die weitere Diskussion anzusetzen haben.

Die Kirchen betonen die Dringlichkeit eines möglichst hohen Maßes an Übereinstimmung in sittlichen Grundüberzeugungen; ihren eigenen Beitrag dazu leisten sie in dem Bewußtsein, daß sie nicht auf "sittlichen Forderungen bestehen können, die für Menschen außerhalb der christlichen Kirche nicht einsehbar und nicht zugänglich wären". Sie bringen zum Ausdruck, daß es unter den Kirchen und Konfessionen selbst unterschiedliche Sichtweisen gibt: Katholische Christen zum Beispiel stehen in der besonderen Tradition der Herleitung ethischer Forderungen aus der dem geschaffenen innewohnenden Ordnung (Sein - Sollen). Ihnen gemeinsam ist jedoch "die Gewißheit, daß ihr Glaube an Jesus Christus erkennbare Folgen für das individuelle und das soziale Leben" hat. Gemeinsam ist ihnen das Evangelium, gemeinsam der Dekalog.

Sind die zehn Gebote - korrekter: die Gebote der zweiten Tafel - über die Glaubensüberzeugung der Christen hinaus konsensfähig? Nicht in der "Vereinnahmung Nichtglaubender für ein nur aus dem Glauben zu begründendes Ethos", sagen die Kirchen selbst. Sie nehmen für die zehn Gebote jedoch "die Bestätigung durch geschichtliche Erfahrung und durch vernünftige Einsicht", also die Selbstevidenz des Sittlichen in Anspruch.

Das trifft sich sehr wohl mit der Aussage des Godesberger Programms, daß die Grundwerte des demokratischen Sozialismus auch "in christlicher Ethik" verwurzelt sind. Auf dieses a u c h kommt es dabei sehr an. In der Einleitung der Gemeinsamen Erklärung wird zur Grundwertediskussion der Parteien verschiedentlich kritisch ausgesagt, sie sei - ich bringe Wendungen wie "gewisse Verlegenheit, Zurückhaltung im Grundsätzlichen, abstrakter Formalismus, gewisse Kurzatmigkeit mancher Begründungen" mal auf diese Formel - nicht bis zum letzten durchgestoßen. Das ist wohl wahr, aber eben nicht "aus Verlegenheit", nicht aus Unvermögen, sondern, was jedenfalls die SPD angeht, in der klaren und werthaften Erkenntnis, daß die Überschreitung ihrer um der Freiheit, der Gerechtigkeit, der Solidarität willen selbst gezogenen Grenze ins "Letzte" hinein die Würde von Menschen, die aus unterschiedlichen Letztbegründungen kommen mißachten und zerstören würde.

Gewiß - der weltanschaulich neutrale Staat ist nicht wertneutral, er ist nicht etwa nur Werte-Notar. Hier kann nun nicht die Diskussion wieder aufgerollt werden, die mit dem KNA-Interview von Bundeskanzler Helmut Schmidt vom 21. September 1976 einen meines Erachtens gültigen Abschluß gefunden hat. Möglicherweise werden jedoch in der weiteren Diskussion zwischen der SPD und den Kirchen dazu noch Rückfragen erforderlich sein.

Der Rückfrage der Kirchen in der Gemeinsamen Erklärung nach der inneren Logik der Begrenzung der Grundwerte auf die Dreizahl von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität hat sich die SPD verschiedentlich gestellt; auf die Schrift "Grundwerte und Rechte" kann verwiesen werden. Gewiß ist der gesamte Wertezusammenhang, auf den das Zusammenleben der Menschen gründet, viel breiter - schon die Beziehung der Grundwerte auf die Grundrechte der Verfassung macht dies deutlich. In der Grundwertediskussion "der gesellschaftlichen Kräfte" wird eben zuvörderst auch immer wieder die sprachliche Verständigung zu leisten sein. Die Gemeinsame Erklärung der Kirchen hat sich, dies sei abschließend dankbar angemerkt, darum erkennbar bemüht.

(-/31.10.1979/ks/ca)

+ + +



Allen Grund zufrieden zu sein

Kreistagswahlen in Südwest Schlappe für Späth

Von Uli Maurer

Mitglied des Präsidiums der SPD Baden-Württembergs

Die SPD hat allen Grund zufrieden zu sein und mit Energie den seit 1976 eingeschlagenen Kurs unbeirrt weiter offensiv zu vertreten. Das politische Stehvermögen der Landes-SPD und ihres Vorsitzenden Erhard Eppler und die kontinuierliche Aufbauarbeit beginnen sich offensichtlich auszuzahlen.

Die SPD verzeichnete trotz der geringen Wahlbeteiligung von 51 Prozent noch einen Stimmenzuwachs von 1,4 Prozent. Der Zuwachs im Lande ist unterschiedlich. Er reicht von über zehn Prozent bis zu leichten Verlusten (dort, wo die "Grünen" Erfolge erzielten).

Einige lokale Wahlergebnisse zeigen, daß dort, wo die CDU versucht hat, einige Bürgermeister fertigzumachen, gerade diese Kandidaten besonders hohe Stimmengewinne zu verzeichnen hatten. Diese Ergebnisse sind ein Zeichen dafür, daß die Wähler die Selbstherrlichkeit der CDU langsam satt bekommen.

Es ist Lothar Späth mit seiner Polit-Show, die er in den letzten Monaten mit den Kreisbereisungen abgezogen hat, nicht gelungen, die Mehrheit der Wähler davon zu überzeugen, die CDU zu wählen. Im Gegenteil: Die CDU hat - wenn auch geringe - Verluste hinnehmen müssen. Die erste aufs Land bezogene Wahl unter der Regentschaft Späths bringt die CDU nicht nach vorn. Wenige Monate vor der Landtagswahl ist diese Tatsache wert, festgestellt zu werden, zumal die CDU sehr heftig mit dem Konterfei Späths Plakatwerbung gemacht hat.

Die "Freien Wähler" haben weitere Einbußen erlitten. Als Hilfstruppe der CDU werden die "Freien Wähler" keine große politische Zukunft haben.

Dort, wo die "Grünen" kandidiert haben, in fünf Kreisen, haben sie ihre Stimmergebnisse aus der Europawahl wiederholen können und ziehen in die Kreistage ein. Ihre Stimmengewinne erzielten sie auf Kosten aller Parteien, auch der Freien Wählervereinigung.

Die FDP ist in Gefahr, an ihrer unklaren Politik zu scheitern. Ihre Stimmenverluste sind ein ernstes Warnsignal.

Lothar Späth hat nichts bewegt, es sei denn, seine Minister und Staatssekretäre, seine Hubschrauber und Staatskarossen, den Beamtenstab seines Staatsministeriums. Die Wähler haben sich von diesem Staatsaufwand nicht beeindrucken lassen.

(-/31.10.1979/ks/ca)

+ + +



ISUV-Kampagnen gegen Frauen

Zurück zum schönen alten Männer privilegiierenden Recht

Von Dr. Renate Lepsius MdB

Stellvertretendes Mitglied des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages

Wenn Ende dieser Woche die Interessen und Schutzgemeinschaft unterhaltspflichtiger Väter (und Mütter) in München zu ihrer "ordentlichen" Jahreshauptversammlung zusammentritt, kann es auch unordentlich zugehen. Es wird sich dann nämlich zeigen, ob der Schlagseitenverband zusammenhält oder ob das verbreitete Unbehagen zur Spaltung führt. Gründe hierfür gibt es reichlich. Schon seit Jahren hat sich der Verband höchst einseitig aufgeführt. Trauriges Beispiel: die Verabschiedung des Gesetzes zur vereinfachten Anpassung von Unterhaltsrenten, eines Gesetzes zur Erleichterung der Lebenssituation von Scheidungswaisen, gegen das die ISUV 1976 Sturm gelaufen ist.

Seit Vorliegen eines Gutachtens zum neuen Ehe- und Familienrecht, weiß man es nun genau: Der ISUV geht es nur um Lobbytätigkeit für Männer. Denn die gutachterliche Stellungnahme, die die ISUV wie andere Verbände auch, vor der Verhandlung des Bundesverfassungsgerichtes am 27. November 1979 veröffentlicht hat, ist einerschütterndes Dokument von Frauenfeindlichkeit in unseren Tagen. Darum muß es auch nicht sonderlich verwundern, daß die ISUV die Mütter in ihrer Abkürzung mit keinem Wort bedenkt. In Wahrheit haben Mütter für die ISUV nur PR-Charakter.

Kaschierte Frauenverachtung läßt sich an Beispielen aus dem umfangreichen Schriftstück belegen. Hier einige Zitate: "Damit ist dem nicht berufstätigen Ehepartner - in der Mehrzahl sind dies die Frauen - durch das neue Scheidungsrecht geradezu ein Freibrief in die Hand gegeben worden, den ihnen vielleicht im Laufe der Jahre überdrüssig gewordenen Ehepartner ohne Schwierigkeiten loszuwerden und dabei selbst noch ein großes Geschäft zu machen, wobei der Partner seelisch und moralisch regelrecht ruiniert werden kann." Oder weiter: "Ernüchterung, Sehnsucht, falschverstandene Emanzipation, dazu die Verführung durch das neue Recht, das Leben einer Trennungs-Unterhalts-Empfängerin dem einer Hausfrau vorzuziehen, verlocken zur Trennung, deren Finanzierung durch den Ehegatten gesichert ist. Man denkt unwillkürlich an die Züge eines Heiratsschwindlers." Was also früher die "Verstoßung" der Hausfrau war, ist heute der "feminine Heiratsschwindler", eine wirklich interessante neue Rechtsfigur!

Der ISUV geht es in Wahrheit um ganz was anderes. Mit Hilfe breiter publizistischer Unterstützung (wie viele Journalisten sind eigentlich geschieden?) will sie im Vorfeld der Karlsruher Entscheidung Stimmungsmache entfachen. Zwar wollen auch heute noch Männer von ihren Frauen geschieden werden (was bekanntlich gegen den Willen von Frauen früher nicht möglich war), doch kosten darf dies nichts. Die Altersversorgung gehört dem Mann. Die Zeche zahlt die Frau. Und sind die Kinder ihrer elterlichen Sorge schon anvertraut, soll sie den ihr zustehenden Unterhalt nur bei lebenslanger Enthaltensamkeit und Keuschheit erhalten. Alles andere ist sittenwidrig und damit verfassungswidrig. Also zurück zum schönen alten Männer privilegiierenden Recht.

In abschließenden Anmerkungen zum Gutachten haben die beiden Bundesvorsitzenden der ISUV die Hoffnung und Erwartung geäußert, daß das Bundesverfassungsgericht den von der ISUV vorgetragenen Bedenken "eine entsprechende Würdigung zuteil werden läßt". Genau dies hoffe ich auch!
(-/31.10.1979/vo-he/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

